



Gemeindeverband Beverstedt

Zukunft Küstenkreis

**Beschlossen vom
CDU Gemeindevorstand am 19.06.2012
CDU Kreisvorstand am 07.09.2012**

Verfasser: Sebastian Runne (CDU)

Inhaltsverzeichnis

1. Ziel des Papiers.....	3
2. Lage	3
3. Lösungsvorschläge	3
3.1 Gemeinden nicht kaputt sparen	3
3.2 Zuschüsse	4
3.3 Wirtschaftsförderung	5
4. Forderungen.....	8
5. Schlusswort	8



Zukunft Küstenkreis

1. Ziel des Papiers

Ich habe dieses Papier geschrieben, weil ich einen kleinen Beitrag zur Lösungsfindung bei der Stabilisierung der Finanzen des Landkreises Cuxhaven und dessen Gemeinden beitragen möchte. Ebenso kann dieses Papier auch ein Beitrag für die Stärkung unserer Region sein, indem etwas gegen die schlechte demografische Entwicklung getan wird.

2. Lage

Die Kommunen im Landkreis Cuxhaven befinden sich derzeit in Finanz-, Verwaltungs- und Gebietsreformen. Die Kassen der Kommunen sind leer und die Handlungsfähigkeit der Kommunen sind an ihre Grenzen gestoßen. Daher müssen die Kommunen im Landkreis Cuxhaven ihre Ausgaben und Zusammenarbeit in Verwaltungsaufgaben überprüfen sowie über Gemeindezusammenschlüsse diskutieren, da ansonsten die Haushaltsgenehmigungen durch die Kommunalaufsicht gefährdet sind.

3. Lösungsvorschläge

3.1 Gemeinden nicht kaputt sparen

Es ist sehr wichtig darauf zu achten, dass die Kommunen nicht kaputt gespart werden und damit deren durch das im Grundgesetz in Artikel 28 Absatz 2 zugesicherte Selbstbestimmung zu große Einschränkungen erfährt.

Zitat des Städte- und Gemeindebundes:

„Um die Selbstverwaltung wirksam wahrnehmen zu können, bedarf es ausreichender Finanzmittel und dieses garantiert der Artikel 28 II GG und damit die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung.“

Aber auch Artikel 57 Absatz 1 der Niedersächsischen Verfassung und als detaillierte Vorschrift § 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz garantiert den

Kommunen die Selbstverwaltung. Dort heißt es: Die Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise verwalten ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung mit dem Ziel, das Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern. Das muss meines Erachtens auch von der Kommunalaufsicht bedacht werden. Auch das Land Niedersachsen darf hier nicht aus Sparzwang die Augen verschließen.

3.2 Zuschüsse

Die Kommunen haben auch viele Landes- und Bundesaufgaben auszuführen, die aber meistens keine kommunalen Aufgaben sind. Gleichwohl die Ausführung der Aufgaben durch die Kommunen selbst bezahlt werden muss (die Verwaltungsgebühr kann die Kommune behalten). Daher muss der Bund bzw. das Land diese Arbeit bei der Haushaltsgenehmigung stark berücksichtigen. Es kann nicht sein, dass Arbeit ausgeführt werden muss, dafür aber keine Gegenleistung erfolgt. Daher wäre mein Vorschlag

den Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer von derzeit 2,2 % auf 2,5 % zu erhöhen.

Daher muss sich das Land Niedersachsen im Bundesrat für eine Erhöhung des Anteils der Gemeinden an der Umsatzsteuer einsetzen. Auch die **Interkommunale Zusammenarbeit** kann hier helfen Geld zu sparen. Deshalb muss man weiter überlegen welche Aufgaben von den Kommunen auch noch gemeinsam erledigt werden können. Sinnvoll wäre z.B. die Bauhöfe von zwei Gemeinden zusammenzulegen oder Verwaltungsaufgaben zusammenzuführen. Ebenso wichtig ist aber auch, dass die Umsetzung der Einsparungen in den Kommunen nicht pauschal nach dem „Rasenmäher“-Prinzip getätigt werden. Gerade die Vereinsförderung (Stichwort Ehrenamt), die Raum- und Lehrmittelausstattung in den Schulen, die Ganztagschulen (mit Mittagsverpflegung), die Kinderbetreuungseinrichtungen, aber auch die Wirtschaftsförderung dürfen nicht kaputtgespart werden. Im Grunde genommen, sollten in diesen Bereichen gar keine Kürzungen vorgenommen werden.

Die wichtigste Maßnahme gegen zu knappe Kassen ist aber die Einnahmensituation zu erhöhen und dafür brauchen wir eine zukunftsorientierte und nachhaltige Wirtschaftsförderung!

3.3 Wirtschaftsförderung

Gerade jetzt müssen wir durch eine zukunftsorientierte und nachhaltige Wirtschaftspolitik bzw. Wirtschaftsförderungspolitik es schaffen, bedingt durch den derzeitigen Boom der Offshore-Windkraft, neue Unternehmen anzusiedeln. Diese Ziel wurde auch schon von den norddeutschen Wirtschaftsministern (Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein) festgestellt; „die Zukunft liegt an der Küste“ lautet ihr gemeinsames Fazit. Eine aktuelle Studie der IHK belegt auch, dass der Transport der Güter in Zukunft teurer werden wird, bedingt durch die steigenden Energiekosten, besonders bei Kraftstoffen.

Die Mängel und zu hohen Kosten im Straßenverkehr sind die Stärken der Küstenregionen mit dem direkten Zugang zum Wasser.

Deshalb dürfen wir jetzt diese einmalige Chance nicht verpassen!

Es bietet sich uns die einmalige Chance, endlich unseren wirtschaftsschwachen Küstenbereich auszubauen !

Stromnetzausbau sichern.

Damit aber die Offshore-Branche stabil gehalten werden kann, müssen wir jetzt auch den Stromnetzanschluss und den Netzausbau für die Offshore-Windkraft dringend her- und sicherstellen. Ich habe deshalb am 28.12.2011 eine öffentliche Petition beim Deutschen Bundestag eingereicht, mit dem Ziel endlich den Stromnetzanschluss und den Netzausbau herzustellen und ein Bundesnetzausbaugesetz gefordert. Es muss jetzt endlich gehandelt werden und Schluss mit den Sonntagsreden sein. Sonst war es das mit der Energiewende 2022 und nichts mit „Die Zukunft liegt an der Küste“.

Zurück zur Kreis-Wirtschaftspolitik

Ich bin sehr froh, dass das Land Niedersachsen, Geld in die Hand genommen hat um die Infrastruktur stark auszubauen, das ist schon mal die halbe Miete. Gerade die sehr gute

Infrastruktur in unserem Lande bzw. Landkreis kommt der Bevölkerung und der Wirtschaft ja auch zugute. Stichwort A22.

Um das Ziel, die Ansiedlung von Betrieben, zu erreichen ist besonders die Kommunalebene gefordert, weil diese die örtlichen Gegebenheiten anpassen muss und die Rahmenbedingungen die wir dazu benötigen. Das heißt, dass die Kinderbetreuung bis mind. 17:00 Uhr sowie die Ganztagschulen sichergestellt sein müssen. Denn wenn sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sicher sein können, dass die Betreuung ihrer Kinder während der regelmäßigen Arbeitszeit (08:00 bis 17:00 Uhr) gewährleistet ist, werden auch die Unternehmer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unsere Region locken können. Des Weiteren müssen aber auch die anderen weichen Faktoren wie

Freizeitangebot, Kulturangebot, Bildungsangebot, Gastronomieangebot

überprüft und angepasst werden.

Dazu stehen den Kommunen zahlreiche Instrumente zur Erfüllung zur Verfügung und das sind:

planerische, infrastrukturelle, finanzielle und koordinierende Instrumente.

Aber wir benötigen zur Schaffung der Rahmenbedingen auch finanzielle Mittel, und wenn das Land Niedersachsen zu recht sagt, die Zukunft liegt an der Küste, dann brauchen die Kommunen auch zusätzliche Finanzmittel um die Wirtschaftsförderung anzutreiben.

Wichtig für die Betriebe ist aber auch ein Zugang zur **Forschung- und Wissenschaft** und zu Wirtschaft-Gesellschaftsnetzwerken. Diese kann der Landkreis aber nicht alleine sicherstellen, gerade in diesem Bereich ist eine enge Zusammenarbeit mit der Stadt Bremerhaven aber auch mit Bremen und Oldenburg sehr wichtig.

Des Weiteren ist es notwendig, gemeinsam mit der Stadt Bremerhaven eine regionale Wirtschafts- und Tourismuspolitik zu gestalten. Ich denke, dieses würde sich mehr als positiv auf unsere Region auswirken. Bremerhaven spielt in der Küstenregion eine wichtige Rolle, die nicht unterschätzt werden darf. Deshalb müssen wir Bremerhaven

überzeugen mit uns gemeinsam die Region zu vermarkten und im Bereich Wirtschaft und Tourismus eng zusammenzuarbeiten.

SPD will Wirtschaftsförderung abschaffen

Aber die derzeitige Gestaltungsmehrheit SPD/Grüne Gruppe hat ja am 21.02.2012 in der Nordsee-Zeitung bekanntgegeben, das Sie die Wirtschaftsförderung im Landkreis Cuxhaven einstampfen will. Es stellt sich die Frage, ob die Mehrheitsgruppe im Kreistag überhaupt weiß, wie die kommunale Wirtschaftsförderung definiert wird?

Laut Lange (Wirtschaftswissenschaftler) wird sie wie folgt definiert:

„Die kommunale Wirtschaftsförderung zählt zu den Aufgaben der Daseinsvorsorge, die durch die Schaffung bzw. Verbesserung der Standort- und Klimabedingungen für die Wirtschaft mittels Förderung, Pflege und Beratung das wirtschaftliche und soziale Wohl der Bevölkerung im Kreis oder Gemeinde sichert und steigert“

Damit schließt die Wirtschaftsförderung auch die Rahmenbedingungen mit ein, z.B. Kinderbetreuung, Ganztagschulen und vieles mehr.

Langfristig wird durch mehr Wirtschaftswachstum das Gesamtsteueraufkommen in der Küstenregion steigen und zu mehr Einnahmen bei den Kommunen führen.

4. Forderungen

Zusammenfassend bedeutet das für unsere Kreispolitik:

- + **Wir müssen die Wirtschaftsförderung vorantreiben und die dazugehörigen Rahmenbedingungen wie Krippenausbau und Ganztagschule mit langen Betreuungszeiten schaffen.**
- + **Wir müssen das Land auffordern, sich für die Erhöhung des Anteils an der Umsatzsteuer auf 2,5 % einzusetzen.**
- + **Die Wirtschaftsförderung ist zwischen Landkreis und den Kommunen abzustimmen.**
- + **Wir müssen die interkommunale Zusammenarbeit vorantreiben.**

5. Schlusswort

Ich hoffe ich konnte verdeutlichen, dass es durchaus Möglichkeiten gibt, die Einnahmen langfristig zu erhöhen. Die Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung werden nicht sofort mehr Einnahmen generieren, jedoch langfristig für ein Wachstum der Einnahmen sorgen. Ebenso wirkt eine wachsende Wirtschaft auch der negativen demografischen Entwicklung entgegen.